

Endlagers. Dabei sei sicherzustellen, daß die benötigten Finanzmittel zum Zeitpunkt der Erkundung und der Errichtung des Endlagers tatsächlich verfügbar sind. „Die Kosten für den Bau des Endlagers werden erst anfallen, wenn die heutigen AKW-Betreiber kein Atomkraftwerk mehr am Netz haben. Es muß also sichergestellt sein, daß sie als Verursacher des radioaktiven Mülls auch die Kosten tragen, die nach 2020 entstehen“, betonte Trittin. Ein denkbare Modell, das auch die benötigte langfristige Rechtssicherheit garantiert, ist für den Bundesumweltminister die Gründung eines öffentlich-rechtlichen Verbandes durch die AKW-Betreiber. „Dabei würde sich der Bund grundsätzlich auf die Überwachung und Genehmigung beschränken. Das wäre ein Beitrag zum Bürokratieabbau“, sagte der Bundesumweltminister. ●

Atomwirtschaft

RWE Nukem sieht Kernbrennstoff knapp werden

Immer wieder gab es Warnungen vor Uranverknappungen und damit verbundenen drastischen Preiserhöhungen. Genau so oft öffneten sich jedoch unerwartet umfangreiche sowohl zivile als auch militärische Versorgungsquellen in Form von überschüssigen Inventaren von Reaktorbetreibern, ehemals staatlichen strategischen Inventaren und ehemals waffenfähige, zu Reaktorbrennstoffen umgewandelte Materialien. Das finden die Manager der RWE Nukem GmbH Klaus Lohrey, Dr. Timothy M. Mason und Dr. Arthur Max in einem Artikel der

Zeitschrift Atomwirtschaft (atw) vom Dezember 2003. Diese sogenannten „Sekundärquellen“ hätten nachhaltig die Uranpreise gedrückt und in der Uranindustrie zu einer starken Konsolidierung geführt, verbunden mit einer sinkenden Zahl von Produzenten.

Jetzt jedoch, so die Manager von RWE Nukem, gebe es immer mehr Anzeichen dafür, daß es mittelfristig tatsächlich zu einer beträchtlichen Verknappung von Uran kommen könnte. Die zur Deckung des Bedarfs noch verfügbaren Sekundärquellen gingen langsam zur Neige. Selbst die Umwandlung von weiterem Material aus den Waffenarsenalen der beiden Supermächte USA und Rußland zu Kernbrennstoffen könne den Zeitpunkt der Brennstoffverknappung nur unwesentlich hinausschieben. Dringend sei daher „eine

erhebliche Vergrößerung der Uranproduktion des Westens“. Der Erhöhung der Produktion bestehender Uranbergwerke als auch dem Bau und der Inbetriebnahme neuer Bergwerke stünden aber möglicherweise beträchtliche Finanzierungsprobleme entgegen. Sollten die Uranproduzenten trotz zu erwartender deutlicher Preissteigerungen nicht in der Lage oder aber auch nicht willens sein, in neue Uranbergwerke zu investieren, so die Meinung bei RWE Nukem, könnten die Reaktorbetreiber gefordert sein, einen Teil ihres Kapitals selbst in neue Uranbergwerke und Aufbereitungsanlagen einzubringen.

K. Lohrey, T. M. Mason, A. Max: Secondary Supply Sources Still Abounding – Yet Demand for New Uranium Production Projects; atw 48. Jg. (2003) Heft 12 - Dec., S. 747-753. ●

Atomwirtschaft

Das Atomkraftwerk Stade ist abgeschaltet

In der Nacht zum 14. November 2003 ist das Atomkraftwerk im niedersächsischen Stade, das im Januar 1972 in Betrieb gegangen war, vom Netz genommen worden. Damit ist das erste Atomkraftwerk dreieinhalb Jahre nach der Einigung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Energiewirtschaft auf den sogenannten Atomkonsens abgeschaltet worden. Die rot-grüne Bundesregierung und die Betreiber der Atomkraftwerke hatten sich im Juni 2000 auf eine schrittweise Stilllegung aller 19 noch in Betrieb befindlichen deutschen Atomkraftwerke geeinigt. Auf der Grundlage einer Gesamtlaufrzeit von 32 Jahren je Werk wurden übertragbare Restlaufzeiten festgelegt. Das Werk Stade wurde wegen nicht angerechneter Still-

standszeiten knapp ein Jahr früher abgeschaltet, als es die Vereinbarung vorschreibt.

Der Betreiber Eon begründete die bereits im Sommer 2001 beantragte Stilllegung des Werks Stade mit sinkenden Erlösen auf dem Strommarkt, einer drastischen Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes in Niedersachsen und dem Verbot der Wiederaufarbeitung im Ausland von 2005 an. Dadurch sei das Kraftwerk unrentabel geworden.

Nach dem Atomkraftwerk Obrigheim ist das Werk Stade das zweitälteste Atomkraftwerk in Deutschland. Obrigheim, dessen Laufzeit eigentlich bereits im Dezember 2002 hätte beendet sein sollen, hatte eine Betriebsverlängerung bis 2005 bekommen, indem ihm Reststrommengen eines jün-

geren Kraftwerks übertragen worden waren, das dafür eines Tages früher vom Netz gehen soll.

Der Rückbau von Stade wird laut Eon etwa 500 Millionen Euro kosten. Dafür habe der Konzern Rücklagen gebildet. Mit den Arbeiten solle Mitte 2005 begonnen werden und sie würden voraussichtlich Ende 2015 abgeschlossen sein. Etwa 180 der bisher 300 Mitarbeiter des Kraftwerks würden dafür weiter beschäftigt. Zunächst kämen bis Juli 2005 die 192 Brennelemente, die noch im Kraftwerk sind, zur Wiederaufarbeitung nach Frankreich.

Im Jahre 2004 will das niedersächsische Umweltministerium den Rückbau von Stade genehmigen. Für den Abriß soll ein atomares Zwischenlager für 40 Jahre auf dem Kraftwerksgelände in Stade errichtet werden. Unterdessen haben in Stade die Anhörungen zu Einsprüchen gegen den Rückbau begonnen. Anwohner trugen ihre Befürchtungen

über Strahlenbelastungen beim Abbau des Werkes vor.

Bundesumweltminister Trittin und die Grünen feierten das Ende des Betriebs als Beleg für die Entschlossenheit der rot-grünen Koalition, den Ausstieg aus der Atomenergie durchzusetzen. Deutschland vollziehe den „weltweit schnellsten Ausstieg aus der Atomenergie“, der im Jahre 2020 abgeschlossen sein werde. Trittin lobte die Anti-Atomkraft-Bewegung, letztlich habe sie sich durchgesetzt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Müller sagte, dies sei „ein guter Tag für unser Land“, doch sei dies nur eine Etappe auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umbau der Energiesysteme. Die FDP-Politikerin Kopp meinte, ohne Kernenergie seien die Klimaschutzziele nicht einzuhalten. Die Union kritisierte, Trittin verschwende Steuergelder mit Ausstiegspartys und einer Anzeigenkampagne für einen sechsstelligen Betrag. Die Umwelt-